Düsseldorfer Zeitung.

№ 87. Sonntag den 28. März. 1847.

An die geehrten Leser.

Bei der hohen Wichtigkeit, welche die gegen Mitte des kommenden Monats April beginnenden **Verhandlungen des Vereinigten Landtags** allerwärts erregen werden, ist die Einrichtung getroffen, daß dieselben, welche Nachts hier eintreffen, des andern Tags so frühzeitig als möglich zur Kenntniß der hiesigen und auswärtigen Leser dieses Blattes gebracht werden.

Da im Laufe des Monats Mai die Köln-Mindener Eisenbahn bis Hamm befahren werden wird und ein noch frühzeitigeres Eintreffen der Posten zu erwarten ist, so werden die desfallsigen Nachrichten von da ab noch schneller mitgetheilt werden. Die Nachrichten aus Frankreich, Großbrittanien, Belgien, Spanien u. s. w. werden schon jetzt früher als durch jedes andere rheinische Blatt geliefert.

Wir ersuchen daher, geneigte Bestellungen auf die **„Düsseldorfer Zeitung"** für das mit dem 1. April 1847 beginnende 2te Quartal noch vor Ablauf dieses Monats bei den resp. Postämtern zu machen, um Defecte und Unterbrechungen in der Zusendung zu vermeiden. — Der Preis der täglich, mit seltener Ausnahme erscheinenden **Düsseldorfer Zeitung,** einschließlich des zweimal wöchentlich beigegebenen **Unterhaltungsblattes,** beträgt vierteljährig auf allen königl. preuß. Postämtern 1 Thlr. 25 Sgr. (incl. des Stempels); für Hiesige, welche sich an die Expedition, Grabenstraße Nr. 794, gefälligst wenden wollen, 1 Thlr. 15 Sgr. (incl. Stempel und Traglohn).

Uebersicht.

Die Zustände der arbeitenden Klasse. (Forts.)

Deutschland. Berlin (Stenographen; das Herbstmanöver des 8. Armeekorps; der russische Rentenankauf; die Zahl der Einwohner Berlins). Breslau (Arbeiterauflauf). Konigsberg (die Copulationen in der freien Gemeinde). Koln (Raveaux; Bau der protestantischen Kirche; das Promemoria des Stadtraths an die Deputirten). Wesel (Lieut. Willich). Solingen (Berichtigung). Hattingen (der Markt mit Frucht überfüllt). München (Straferkenntniß gegen Studirende; die Handhabung der Censur). Darmstadt (die bürgerliche Trauung). Mainz (Getreide).
Frankreich. Paris (der Vorschlag auf Wahlreform; Mäkergebühren; Lamennais über den Communismus; O'Connell; Marie Christine; Fallen der Getreidepreise; Deputirtenverhandlungen; die große Oper).
Großbrittanien. London (der russ. Rentenankauf; der Handels- und Schiffahrtsvertrag Hannovers mit Nordamerika; die Begehung des Buß- und Bettages; Protestation im Parlament dagegen; die Montpensier'sche Heirath).
Rußland und Polen. Von der poln. Gränze (polnische Zustände).
Niederlande. Haag (Marquis von Thouars; Kolonialeinnahmen und Ausgaben). Amsterdam (die Indigo-Kultur auf Java). Groningen (Fallen der Getreidepreise).
Belgien. Brüssel (das Liebesgesetz; Concert zum Rückransport von Bettlern; öffentliche Arbeiten auf Communalkosten).
Italien. Toscana (die neulichen Demonstationen).
Schweiz. Luzern (die Nunciatur; Näherung zwischen Osten und Frankreich über die Schweizer Angelegenheiten; die Bewegungen in Bern; das St. Galler Bisthumsconcordat).

, Die Zustände der arbeitenden Klasse.

III.

(Fortsetzung.)

Heben wir zunächst die Klasse der

Arbeitsunfähigen

heraus und weisen wir ihnen den Platz in der Gesellschaft an, der ihnen nach der christlichen Lehre, wie nach den Grundsätzen der Humanität gebührt. Sie haben den vollen Anspruch an unsere werkthätige Theilnahme und hat unsere Zeit so vielfach und so oft rühmliches Zeugniß von ihrer Mildthätigkeit abgelegt, daß es ungerecht wäre, an eine ausreichende Hülfe für diese Klasse der Unglücklichen zu zweifeln. Und doch sehen wir so Viele derselben darben und betteln, sehen, wie ihnen ein Almosen übergeben wird für Wochen, das kaum für Tage ausreicht; wir finden so oft das Alter und die Krankheit in elenden verpesteten Höhlen, auf hartem feuchtem Boden, ohne den geringsten Schutz gegen das Ungemach der eindringenden Kälte, — kaum mit einigen Lumpen die ausgezehrten Körper bedecket. Wir staunen über die unerhörten Anstrengungen, welche zur Linderung des Elendes gemacht werden und mehr noch über den geringen Erfolg, den dieselben uns vor Augen führen. Die Opfer werden verdoppelt, verdreifacht — und größer und immer größer steigt das Elend aus den Massen hervor.

Nur die eben bezeichnete Ausscheidung und Trennung der Müßiggänger kann Licht in dieses fürchterliche Dunkel bringen und allgemach Mittel finden lassen, um Sicherheit und Ordnung in dieser Schichte der Gesellschaft aufrecht zu erhalten und zu befestigen. Zunächst also übernehmen wir die volle Sorge für die eigentlich Armen, Arbeitsunfähigen, und übergeben sie der Armenverwaltung, damit dieselbe nicht durch andere Ansprüche außer Stand gesetzt werde, ihrer Bestimmung zum Wohle der leidenden Menschheit nachzukommen. Hier bietet sich nun das erste Mittel zur Linderung des Elendes unter der arbeitenden Klasse dar, indem

nur die Arbeitsunfähigen der Pflege der Armenverwaltung überwiesen werden.

Daß dadurch die ganze Armenpflege sehr vereinfacht wird und vor den zeitweise ins Unzählige steigenden Ansprüchen bewahrt bleibt, ist keine Frage; ebenso wenig ist daran zu zweifeln, daß sich Menschenfreunde genug finden, die gerne jene Mühewaltungen übernehmen würden, welche der wirklich Arme verursacht, da jeder Pfleger die traurige Erfahrung macht, daß Arbeitsscheue und zeitweise Arbeitslose ihn am Meisten und am Undankbarsten in Anspruch nehmen. Alle außerordentlichen Veranstaltungen für die Armen würden wegfallen, weil die regelmäßigen Armenspenden (obgleich bedeutend gegen jetzt vermindert) zu allen Zeiten gleich sehr ausreichen, indem kein solches Schwanken in der Zahl der Unterstützungsuchenden stattfinden kann, wie gegenwärtig.

Wir können denken, daß uns hiegegen von vielen Seiten eingewendet wird, es sey nicht möglich und auch ungerecht, nur für Arbeitsunfähige zu sorgen und würden wir diesen Einwand gelten lassen, wenn wir nicht gleicherweise

zur Unterstützung zeitweise Arbeitsloser

geeignete Vorschläge zu machen hätten. Hier nun begegnen wir den Bestrebungen der jüngsten Zeit in Errichtung von Vermittelungs-Bureaux für die arbeitende Klasse, wie auch unsre Stadt eines in segensreicher Wirksamkeit besitzt. Allein noch sind es isolirte Unternehmungen, die nur theilweise ihre Aufgabe lösen können, wenn sie wie Privatunternehmungen dastehen bleiben. Sie müssen, gleich den Armenverwaltungen, öffentliche Anstalten seyn und aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft hervorgehen oder organisirt werden. Da gerade aus der arbeitenden Klasse die Unterstützungsbedürftigen den stärksten Zuwachs bekommen und eine der dankbarsten und zweckmäßigsten Aufgaben darin besteht, diesen Zuwachs möglichst geringe zu erhalten, so erscheint es uns natürlich, daß eine Anstalt zu diesem Zwecke alle Theilnahme derer verdient, denen die Zustände der Gesellschaft überhaupt nicht gleichgültig sind.

Wir wollen versuchen, über die Art der Wirksamkeit dieser Anstalten und später über ihre Organisation uns so deutlich auszusprechen, als möglich. Eine Hauptaufgabe derselben ist und bleibt es, die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse und selbst die einzelnen Personen kennen zu lernen, denn nur und erst dann kann in Fällen der Noth die entsprechende Hülfe gewährt werden. Bei der Wirksamkeit und Organisation unserer Armenverwaltungen ist gerade der Mangel dieser Kenntniß sehr häufig Ursache, daß der wahrhaft Dürftige nur durch Privatwohlthätigkeit sein Leben fristet, während Leichtsinnige und Arbeitsscheue allerlei Mittel ausfindig machen, um sich ein reiches Almosen zu verschaffen.

Sie haben in ihrer Zusammensetzung nicht jene Organe, um diese nothwendige Kenntniß im Interesse der leidenden Menschheit sich anzueignen und müssen daher Mißstände Platz greifen, die am Allerwenigsten hier zu entschuldigen sind; wir haben schon früher dieselben näher angeführt und wollen jetzt bemerken, daß gerade die Vermittelungs-Anstalten für die arbeitende Klasse diesen Mangel ersetzen können. Es darf nur festgehalten werden, daß nur der Arbeitsunfähige der Armenverwaltung anheimfällt und, um möglichst sicher zu gehen, nur auf das Zeugniß der Vermittelungs-Anstalt hin Unterstützung findet.

Die Vermittelungs-Anstalt übernimmt dagegen selbst die Sorge für die fähigen unfreiwillig Arbeitslosen und sucht denselben in jeder möglichen Weise Arbeit zu verschaffen, damit sie immer noch ihren Unterhalt verdienen. In derselben muß daher aufs Strengste das Prinzip festgehalten werden,

nur durch Arbeit zu unterstützen,

und sollte die Arbeit selbst mit Opfern verschafft werden; besser, die Gesellschaft steuert bei, um den Arbeiter vor dem Bettelstab zu bewahren, als daß sie an solche Almosen verschwendet, die dadurch immer tiefer sinken. Man macht leider täglich die Erfahrung, wie durchs Betteln der Mensch physisch und moralisch zu Grunde gerichtet wird, und, einmal an solche arbeitslose Existenz gewöhnt, selten wieder in die Reihe derer tritt, die im Schweiße ihres Angesichtes redlich ihr Brod erwerben. Man sehe nur die Unzahl bettelnder Männer und Weiber, die in den besten Jahren ihre gesunden Kräfte ruhen lassen, um von Thür zu Thür ein bequemeres Brod zu erwerben; wer möchte ihnen jede mögliche Unterstützung nicht gerne gewähren, wenn er die Ueberzeugung hätte, daß sie gerne arbeiteten, fänden sie Arbeit, und wer muß nicht ebenso sehr wünschen, daß solche Bettler mit aller Strenge zur Arbeit angehalten werden möchten, falls nur Arbeitsscheu sie an den Bettelstab gebracht? Allein diese Unterscheidung kann bei der seitherigen Einrichtung der Armenverwaltungen nicht gemacht werden, weßhalb eine Sonderung durchaus nothwendig erscheint. Ist jeder Unterstützungssuchende gehalten, erst sich an die Vermittlungs-Anstalt zu wenden und überweiset diese nur Arbeitsunfähige an die Armenverwaltung, so bleiben der Erstern nur noch die unfreiwillig Arbeitslosen und die Arbeitsscheuen übrig, um auch diese zu versorgen. Aufgabe der Anstalt ist es alsdann Arbeit aufzusuchen oder auch, falls die Mittel es zulassen und nicht den beschäftigten Arbeitern daraus eine schädliche Konkurrenz entsteht, selbst Arbeit zu geben, welches Letztere, besonders durch Ueberweisung von Arbeiten für allgemeine Zwecke, geschehen kann. Durch das Aufsuchen von Arbeit würde manche Quelle für den Arbeiterstand geöffnet, die nun ihm verschlossen bleibt, und wenn es auch nicht zu allen Zeiten (besonders im Winter) gelingen sollte jedem Arbeitsuchenden eine zu seinem Unterhalte ausreichende Beschäftigung zu geben, so würde er doch immer einen Theil verdienen können und ein Zuschuß der Anstalt, als Lohnzulage, ungleich segensreicher wirken als ein Almosen, wie es gegenwärtig jedem Dürftigen gegeben werden muß. Die Beisteuern des wohlhabenderen Theiles der Gesellschaft würden jedenfalls auf diesem Wege vermindert und das um so mehr, als ferner die Anstalt nöthigenfalls durch Polizeigewalt den Arbeitsscheuen zur Arbeit anhalten würde, jedenfalls aber diese gefährlichen Subjekte nicht mehr dem bessern Theile der Armen das Almosen wegnehmen könnten. Die so sehr verderbliche Bettelei von Alt und Jung auf den Straßen müßte alsdann ganz wegfallen, ohne der Privatwohlthätigkeit, die durch das Erkennen der wahrhaft Unterstützungsbedürftigen nicht mehr ihre edle Absicht vereitelt sieht, Granzen zu setzen. Das ärgerliche Betteln der Kinder, diese Pflanzschule ganzer Bettler- und Verbrechergenerationen, müßte mit aller Strenge beseitigt werden, indem jedes Bettelkind aufgegriffen und zum Besuche von Unterrichtsanstalten angehalten würde, die eigends für sie zu errichten wären (in denen nebst dem gewöhnlichen Religions- und Schulunterrichte auch in verschiedenen Handarbeiten Anleitung gegeben würde, um ihnen nützliche Fertigkeit und Arbeitsamkeit beizubringen). Dieß wäre im Allgemeinen der Wirkungskreis und die Aufgabe, welche der Vermittelungsanstalt für die arbeitende Klasse zufielen, (wenn wir ihre Organisation auseinandersetzen, werden wir auf Mehres noch eingehen.) (Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, vom 23. März. Die amtlich angeordnete Bildung eines eigenen stenographischen Büreaus für die Dauer des vereinigten Landtages erfreut sich regsamen Fortganges. In jeder Versammlung sollen vier Stenographen fungiren, welche auf sorgsame Erfüllung ihrer Obliegenheiten eidlich verpflichtet werden. Die Remuneration eines Jeden wird wahrscheinlich in einem täglichen Honorar von fünf Thaler für die ganze Dienstzeit bestehen.

— Wir erfahren von mehreren Seiten, daß ein um die Hebung des Volksschulwesens hochverdienter hiesiger Pädagoge in Kurzem aus seinem bisherigen Wirkungskreise scheiden dürfte. (B. Z.)

Berlin, vom 24. März. In Nr. 82 der A. Preuß. Zeitung vom 23. März hat ein Artikel aus der Düsseldorfer Zeitung Aufnahme gefunden, welcher die Nachricht enthält, es sey einer am 16. d. M. den Militair-Behörden zu Koblenz gemachten Eröffnung zufolge von Sr. Majestät dem Könige befohlen worden, daß das große Herbst-Manöver des 8. Armee-Korps in diesem Jahre unterbleiben solle. Der halbamtlichen Einkleidung dieses Artikels ungeachtet, hat sich der Inhalt desselben jetzt als völlig unwahr erwiesen. (A. Pr. Z.)

⊙✝ Berlin, vom 24. März. Die große Neuigkeit, welche überall besprochen wird und die allgemeinste Aufmerksamkeit erweckt, ist auch hier der Rentenankauf des Kaisers von Rußland. Welche Bedeutung diese auffallende Finanz-Spekulation für Frankreich hat, zu untersuchen, ist Sache der französischen Presse; die deutsche mag für ihr Theil nicht vergessen, darauf hinzuweisen, was für uns eine enge Verbindung unserer beiden ehrgeizigen Nachbarn zu bedeuten hat. Man ist auf dem besten Wege, die diplomatischen Entwürfe Pozzo di Borgos auszuführen. Ist Deutschland stark genug, dem möglichen doppelten Andrange zu

widerstehen? Das frage sich Jeder, der gelernt hat, ernste Angelegenheiten auch ernst aufzufassen. Welche Wichtigkeit Ludwig Philipp der Handlung des Kaisers beilegt, geht aus der Eile hervor, mit der sein Konseil beschlossen hat, den Baron Barante baldigst wieder auf seinen Botschafterposten nach Petersburg zu schicken. Oder ist die Finanzmaßregel, die Frankreich so sehr apropos kommt, keine Erklärung gegen Deutschland, was bedeutet sie dann? Einen politischen Zweck hat sie sicherlich, darin ist man einstimmig, denn sonst hätte sie sehr bequem im Stillen, ohne diesen Eclat vor sich gehen können. Hin und wieder hört man behaupten, sie wäre eine Antwort auf die Patente vom 3. Febr., die bekanntlich an manchen Orten sehr unangenehme Sensation gemacht hatten. Bringt man mit der Finanz-Maßregel des Kaisers auch immer zusammen, was man will, so viel steht fest, daß Frankreich in der nächsten Zeit nicht so argwöhnisch alle Schritte des russischen Kabinets beobachten wird, daß Manches geschehen kann, ohne an der Seine Widerspruch zu erwecken. Dabei wollen wir nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß die von der polnischen Gränze hierher gelangten Nachrichten vollständig die Meldungen über bedeutende Truppenbewegungen in Polen gegen die östreichische und preußische Gränze hin bestätigen, daß man in Warschau von Tag zu Tag einem Ukase entgegen sieht, der die polnische Landesgränze (nicht Zollgränze) aufhebt, daß bereits der Befehl angelangt ist, die russische Sprache als Geschäftssprache in sämmtlichen polnischen Büreaus einzuführen, daß die Pläne, Polen Rußland einzuverleiben, nie geruht haben, und in den auf den Adel erbitterten und in dieser Stimmung erhaltenen Bauern eine Stütze finden. — Dies Alles kann nichts anderes seyn, als eine gelegentliche Bemerkung zu dem 50 Mill. Renten Inscriptions-Ankauf von Seiten des Kaisers Nikolaus. — Eine spezielle Gefahr für Deutschland mag noch nicht vorhanden seyn, es ist aber immer gut, sich der Situation klar bewußt zu seyn.

Nach der neuesten Zählung beträgt die Menge der Einwohner Berlins 419,000, von denen etwa 10,000 auf die Fremden kommen. Einem genaueren Nachweise sieht man baldigst entgegen. Im Ganzen hatte man vorläufig die Zahl größer angenommen, indem man ein verhältnißmäßiges Steigen nach Maßgabe der früheren Jahre voraussetzte. Die Summe bezieht sich indessen nur auf den sogenannten engeren Polizeibezirk von Berlin und wird also durch die beabsichtigte Einverleibung einiger nachgelegenen Orte, (Moabit, Schöneberg) in den Stadtbezirk noch um ein Bedeutendes steigen.

Für die Abgeordneten sind eine Menge Quartiere bereits in Beschlag genommen, die Hotels, deren wir in den letzten paar Jahren eine Menge zu bekommen haben, sind überfüllt; bei den Fuhrleuten ist für die Dauer des Landtages schon kein Wagen mehr zu haben, — kurz das Leben und Treiben ist so außerordentlich, wie es lange nicht gewesen.

Breslau, vom 22. März. Eine Anzahl Arbeiter, welche bisher von der hiesigen Kommune beschäftigt, aber nach Beendigung der ihnen übertragenen Arbeit entlassen worden waren, zogen heute nach ihrer Entlassung lärmend und singend durch unsere Straßen, suchten Arbeiter, welche bei den Baustellen beschäftigt, aber nicht von hier gebürtig waren, ihrer Meinung nach also auch nicht hierher gehörten, zu vertreiben und leisteten den Anweisungen der Polizei-Beamten, sich zu zerstreuen, keine Folge, indem zwar die einzelnen Haufen augenblicklich auseinandergingen, aber stets von neuem zu jenem Unfuge sich zusammen fanden. Da die polizeilichen Kräfte nicht ausreichten, um dem Unwesen zu steuern, so ward das Einschreiten des Militärs veranlaßt, wodurch denn auch, so viel man weiß, ohne erhebliche Beschädigungen die Ruhe wieder hergestellt wurde. Einige der Rädelsführer des Auflaufs sind verhaftet. (A.Pr.Z.)

Königsberg, vom 20. März. Das königliche Ober-Landesgericht hieselbst hat in Folge des Antrages des hiesigen Staatsprokurators in Ehesachen auf Nichtigkeits-Erklärung einer jüngst in der freien Gemeinde hieselbst vollzogenen Kopulation entschieden: daß wo, wie hier, der Akt aller rechtlichen Formen ermangelnd, an sich null und nichtig sey, nicht erst noch eine besondere richterliche Nichtigkeits-Erklärung einzutreten habe, so daß hienach das Verhältniß bloß als ein ärgerliches Concubinat zu betrachten ist und die daraus etwa entspringenden Kinder nur als uneheliche gelten könnten. Der Justizkommissarius, Justizrath K., welcher als Notarius bei dieser Trauung fungirte, soll — wie ein hiesiges Blatt meldet — wegen groben Mißbrauchs seines Amtes zur Verantwortung gezogen werden. (B. Z.)

Koblenz, vom 26. März. Wir sehen der Ankunft eines neuen Moseldampfboots entgegen, welches, in Holland erbaut, an Größe und Zweckmäßigkeit die bisherigen bei Weitem übertreffen soll. Tritt kein besonderes Hinderniß ein, so wird dasselbe mit Anfang April den Dienst auf der Mosel antreten. Sein Name ist „Blücher" mit der Umschrift am Radkasten „Vorwärts".

Köln, vom 24. März. Die „Rhein- und Mosel-Zeitung" theilt noch Nachstehendes über das Festessen zu Ehren Raveaux mit (S. die vorgestr. Ztg.):

Herr Raveaux theilte Bericht über die Gefangenhausverhältnisse mit. Er so wenig wie die andern Gefangenen, die Geld hätten, um ein Quartier auf dem sogenannten freien Gang zu beziehen, hätten Ursache, sich zu beschweren, dagegen schildert er das Loos der andern Gefangenen als ungebührlich hart. Selbst Untersuchungsgefangene würden der Zwangsarbeit und der Spandauer Hausordnung unterworfen, was sie bei dem geringsten Vergehen der Prügelstrafe aussetze. Bei Gelegenheit der Prüfung des neuen Strafgesetzbuches habe sich die Provinz einstimmig der Einführung der Prügelstrafe widersetzt, und doch wäre dieselbe nach jenem Gesetz und auf richterliches Erkennen angewandt worden, während es nach der Spandauer Hausordnung nur der Entscheidung einzelner Personen bedürfe.

Herr Eisermann bemerkte, daß seit den Augustereignissen ein Mann diesem Schicksal unterworfen wäre, der bis zur militärischen Entscheidung, wonach erst die Entscheidung der Civilgerichte stattfinden könne, in Untersuchungsarrest wäre; dieser Arrest würde ihm zur wahren Strafe. Es läge wenig gegen ihn vor, und man habe Anfangs Aussicht gegeben, daß er gegen eine Caution von 140 Thalern die Freiheit provisorisch erlangen würde.

Nachdem diese Summe beigebracht worden, habe man dennoch die Freilassung geweigert, trotzdem, daß sich seitdem herausgestellt habe, daß die Waffen, die er bei sich gehabt haben solle, aus den kleinen Messerchen beständen, die alle Cigarrendreher zum Abschneiden der Cigarren bei sich führten. Er selbst sey auch Cigarrendreher. Für seine schwangere Frau und Familie wurde sodann eine Sammlung veranstaltet.

Außer den Toasten auf Raveaux und Advokat-Anwalt Borchardt, wurde ein Toast des letztern auf die stets wachsende Gesinnungstüchtigkeit der Kölner Bürger, so wie zwei Toaste von Hrn. C. Cramer auf unsere Rechtsinstitutionen, so wie auf die deutsche Freiheit, welche zwar, wie draußen die Bäume, noch nicht grüne, aber kräftige Sprossen treibe, mit Begeisterung aufgenommen.

Köln, vom 26. März. Die Repräsentanten der hiesigen evangelischen Civilgemeinde sind gestern Nachmittag versammelt gewesen, um über die Annahme eines, von des Königs Majestät ihr mitgetheilten, vom Ober-Baurath Stüler gezeichneten Planes, zum Bau einer neuen evangelischen Kirche, zu beschließen. Dieser Plan, nach dem Vorbilde der altchristlichen Basiliken, mit einem hohen Mittelschiff und zwei niedrigeren Seitenschiffen entworfen, enthält auch Emporen, welche von Marmorsäulen getragen werden, die ebensowohl als auch die im Plane angedeuteten Frescomalereien auf königliche Kosten beschafft werden sollen, wenn die Gemeinde den Bau ihrer Kirche nach diesem Plane zur Ausführung bringen läßt. Die Räumlichkeit ist auf 1700 Sitz- und 8 bis 900 Stehplätze, im Ganzen also auf etwa 2600 Kirchengänger berechnet; was mit Rücksicht auf einen zweimaligen Sonntags-Gottesdienst der bereits auf 7 bis 8 Tausend Seelen angewachsenen Gemeinde, selbst für die nächsten Generationen um so mehr ausreichend seyn dürfte, als auch noch die alte Kirche beibehalten wird. In derselben soll jedoch der evangelischen Garnison-Gemeinde die Mitbenutzung an den Vormittagen der Fest- und Sonntage gestattet seyn, wogegen das zu Militäranstalten bisher benutzte Grundstück des ehemaligen St. Agatha-Klosters der evangelischen Civil-Gemeinde als Baustelle für ihre neue Kirche überwiesen worden ist.

Die Verträge sind bereits darüber vollzogen, und es haben nunmehr die Repräsentanten in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen: 1) den Bau der neuen Kirche nach dem von des Königs Majestät genehmigten Plane auf dem letztgedachten Grundstücke auszuführen, und 2) die für Kirche und Thurm auf 104,600 Thaler veranschlagten Kosten durch Sammlung freiwilliger Beiträge in der evangelischen Civilgemeinde aufzubringen. Der Vorschlag, die Baukosten im Wege einer Umlage zu beschaffen, ist mit großer Stimmenmehrheit verworfen worden, indem die Repräsentanten, auf den guten Sinn ihrer Gemeindeglieder fest vertrauend, ein günstiges Resultat von dem erstern Verfahren zu erlangen hoffen. (Rh. B.)

†* Köln, vom 26. März. Die Mittheilung des Promemoria des Stadtraths für unsern Deputirten in der gestrigen Kölnischen Zeitung dürfte von mehreren Mitgliedern des Stadtraths Erklärungen hervorrufen. Aus dem Zusammenhange gerissen, gibt jene Mittheilung kein klares Bild der Verhandlung. Die Worte: „Ueber die Entscheidung der sogenannten Competenzfrage (der Reichsstände) haben die Gemeinde-Verordneten keinen Augenblick geschwankt", sind nebenbei nicht ganz wahr, da eine Minderzahl sich gegen die Aufnahme der betreffenden Stelle in der Denkschrift erklärt hat. An dieser Unrichtigkeit ist aber wohl weniger der Berichterstatter, als vielmehr der Stadtrath selbst schuld, der jene Fassung im Protokoll durch Mehrheit annahm. Die Mehrheit hat sich nicht damit begnügt, als solche über die Minderheit zu siegen, sondern sie läugnet dadurch selbst die Existenz der Minderheit. In ähnlicher Weise ist vor Kurzem beschlossen worden, ein Protokoll zu unterdrücken, welches eine Verhandlung über die Eigenmächtigkeit unserer Armenverwaltung enthielt. Jene Denkschrift des Stadtraths umgeht, was gewiß sehr zu bedauern ist, alle materiellen Fragen. Zwar sind Zusätze in dieser Beziehung von mehreren Seiten vorgeschlagen worden; man hat deren Aufnahme aber durch einen oft angewandten parlamentarischen Kunstgriff zu verhindern gewußt.

Man hat nämlich die Diskussion über die von der Kommission vorgeschlagenen Punkte so sehr auszudehnen gewußt, bis die lauen Mitglieder des Stadtraths völlig abgemüdet waren, dann rückte man mit dem Vorschlag heraus, jede fernere Diskussion über die Denkschrift abzuweisen; die müden Lauen gähnten und stimmten bei, und der lebendigen Minderzahl wurde der Mund geschlossen. Die Beantragung eines gesonderten Handelsministeriums, welche von einer Seite vorgeschlagen war, durfte somit nicht besprochen werden. Ebenso wies man eine Besprechung über die Art und Weise der Steuererhebung, über die Abschaffung der Schlacht- und Mahlsteuer mit den Worten ab, ob man denn glaube, daß die Reichsstände Zeit haben würden, sich mit solchen Kleinigkeiten zu befassen. Die Stadträthe sind freilich Gewählte des Volkes, deshalb darf man aber nicht schließen, daß die Meinung ihrer Mehrheit zugleich diejenige der Mehrheit der Bürger wäre.

Wir sind im öffentlichen Leben noch zu neu, die öffentlichen Charaktere sind noch nicht genug beobachtet, als daß wir mit Sicherheit wählen könnten. Dazu kommt, daß selbst Anhänger des Fortschrittes bei der Wahl fürchteten, der Fortschritt würde zu stürmisch seyn, man wollte deshalb den Fortstürmern einiges Blei an die Beine hängen. Wir können den Anhängern des Fortschritts unter solchen Umständen nur anrathen, die größtmögliche Oeffentlichkeit zur Hülfe zu nehmen. Wir wissen es leider, die Mehrheit liebt die Oeffentlichkeit nicht da, wo sie selbst an der Spitze steht; aber die Stadträthe sind verpflichtet, ihr Wirken ihren Commitenten gegenüber zu rechtfertigen und kein Beschluß der Mehrheit darf sie in der Ausübung dieser Pflicht hindern.

Wesel, vom 24. März. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, ist der Premier-Lieutenant v. Willich um seinen Abschied eingekommen, indem alle Schritte desselben erfolglos geblieben seyn sollen, die er höhern Orts gethan hat, um ein anderes Urtheil über sich und seine Schicksalsgenossen zu veranlassen. Er ist einer der Offiziere der 7. Art.-Brigade, die nach den Festungen aller Provinzen geschickt und dort unter den Befehl und die spezielle Aufsicht der Artillerie-Offiziere vom Platze gestellt sind. Dieses Schicksal mußte namentlich ihn um so härter treffen, als er, der älteste Premier-Lieutenant der Brigade, schon seit längerer Zeit eine Compagnie selbstständig geführt hatte und seiner theoretischen und praktischen Dienstbefähigung wegen die Anerkennung aller Männer vom Fache in hohem Maße genossen haben soll. (K. Z.)

Solingen, vom 23. März. Der Artikel in Nro. 80 der Elberf. (Nro. 81 der Düss.) Zeitung: „Elberfeld, den 20. März", ist dahin zu berichtigen, daß nicht der Arresthaus-Inspektor, Hr. Eickens, zunächst es war, welcher einen gestohlenen Ballen Seide hier wieder auffand, sondern daß dieses den hiesigen Herren Bürgermeister v. Keller und Polizeiwachtmeister Odenthal gelang, wie denn auch einer der muthmaßlichen Diebe hier zur Verhaftung gezogen wurde. (E. Z.)

Hattingen, vom 25. März. Unser letzter Markt war mit Frucht dermaßen überfüllt, daß noch für drei Markttage unverkauft blieb. Roggen fiel um 1 Thaler das Malter. (B. Z.)

München, vom 20. März. Gegen die sechs wirklich immatriculirten Studenten (nicht acht, wie mehrere Blätter berichteten), welche wegen ihrer Theilnahme an den Excessen vom 1. März von dem Universitätspolizeidirektorium bereits mit Arreststrafen belegt worden sind, hat nunmehr der Senat auch die akademischen Strafen verhängt: ein Candidat der Theologie wurde relegirt, ein Candidat der Rechte und ein Candidat der Philosophie erhielten 3- und 2jährige Demission, drei Candidaten der Philosophie müssen das Consilium abeundi unterschreiben. (A. C.)

München, vom 23. März. Der Nürnb. Correspondent spricht von einer neuen Censurinstruktion, die gegenwärtig der Ausarbeitung unterliegen und in einigen Wochen erscheinen soll. Inwiefern diese Nachricht begründet ist, wollen wir dahin gestellt seyn lassen, vorderhand aber darf man wohl Vertrauen in den richtigen Takt der Vollzugsorgane setzen, daß es keiner neuen Instruktion bedürfen wird, um im Sinn der neuesten im Interesse der Krone wie des gesammten Landes getroffenen allerhöchsten Anordnungen eine wohlthätige Rückwirkung auf die Haltung einer die Verhältnisse des Staatslebens gleichheitlicher als bisher beachtenden Presse hervorzurufen.

Daß bei der discretionären Natur des Instituts der Censur auf dem Wege veränderter Instructionen eine dauernde, auf alle Wechselfälle des öffentlichen Lebens gleichmäßig passende Grundlage nicht gewonnen wird, haben die Erfahrungen in andern Ländern sattsam bewiesen. Uebrigens ist bekannt, daß am hohen Bundestage selbst Berathungen über die Presse in Aussicht gestellt sind. (A.Z.)

Darmstadt, vom 23. März. Die hohe erste Kammer der Stände setzte in ihrer heutigen 78. Sitzung die Berathung über Tit. II. des Eherechts Art. 33 fort. Wir entlehnen vorläufig aus dem darüber abgestatteten Berichte der „Großh. Hess. Ztg.", daß des ersten Präsidenten großh. Hoheit für den Art. 33 des Entwurfs sich aussprachen und dann den Antrag stellten: „die Staatsregierung zu ersuchen, prüfen zu wollen, ob nicht ausnahmsweise Rheinhessen neben der Verbindlichkeit zur kirchlichen Trauung die vorausgehende bürgerliche Trauung zu belassen sey", welchem Antrage, nach Ansicht Sr. großh. Hoh., der Art. 103 der Verf.-Urk. nicht entgegenstehe. Bei der Abstimmung nahm die Kammer den Art. 33 des Entwurfs mit 12 gegen 4 Stimmen an, ebenso das Amendement Sr. großherzogl. Hoheit mit 10 gegen 6 Stimmen, verwarf dagegen den hinsichtlich der Anwesenheit des Personenstandsbeamten gemachten Vorbehalt mit 10 gegen 6 Stimmen.

Mainz, vom 24. März. Zu Ende dieser und zu Anfang der nächsten Woche werden, auf Anordnung der großh. Staatsregierung, an eine große Anzahl von Gemeinden der fünf rheinhessischen Kreise weitere 3100 Malter Korn von dem hiesigen herrschaftlichen Speicher abgegeben werden. Die Regierung bleibt aber dem ungeachtet noch im Besitze bedeutender Kornvorräthe, so daß sie immerhin die Mittel behält, zu geeignet scheinender Zeit auf die Fruchtpreise einwirken zu können. (Mainz. Z.)

Frankreich.

Paris, vom 24. März. Zur Begründung seines Vorschlags einer Wahlreform macht Hr. Duv. de Hauranne im Wesentlichen folgende Punkte geltend: (S. die gestr. Z.)

Seines Dafürhaltens sichere das Wahlgesetz von 1831 dem Lande nicht die wirkliche, aufrichtige und vollkommene Vertretung seiner Rechte, Gedanken und allgemeinen Interessen und die nöthige Reform könne hier wohl ohne Störung der politischen und socialen Ordnung geschehen. Je beschränkter die politischen Rechte seyen, um so wesentlicher sey es für die Ausgeschlossenen, daß selbe zur Förderung der Nationalwohlfahrt treu ausgeübt werden; darum sey es heilige Pflicht, darauf zu wachen, daß sich kein Mißbrauch in die Ausübung des Wahlrechts einschleiche. Natürlich sey es im Laufe der Zeit, daß gewisse Theile des Wahlmechanismus mit der Zeit Mängel entfalten und diese müßten dann gehoben werden. Fände Corruption statt, so sey die Wahl in ihrem Prinzip gefälscht, denn es sey gegen dasselbe, daß man seine Stimme zu selbstischen Zwecken gebe; wo das moralische Band zwischen dem Wähler und dem Land fehle, da

sey eine Wahl nicht als Ausdruck der Landesmeinung zu betrachten, und da sey es denn Pflicht, sich zu fragen, ob bei dem heutigen Wahlgesetz die Garantie vorhanden sey, daß die allgemeinen Interessen nicht von Lokal- und Privatrücksichten beherrscht würden? Wenn die Wahlkörperschaft das treue Bild und den wahren Ausdruck der Meinungen, der Rechte und Interessen des Landes im Allgemeinen hinstelle, wenn das Stimmrecht ein Recht sey, das das Gesetz an eine gewisse persönliche Befähigung dazu knüpfe, so sey es prinzipiell unrecht, wenn man gewisse individuelle Befähigungen davon ausschließe, die das Wahlrecht nicht genießen; denn nur bei den heutigen Mängeln des Wahlgesetzes sey es möglich, daß ein Wahlcollegium 1000 Stimmberechtigte zähle, während man anderswo nur 150 Wähler habe! Indem hieraus zur Genüge hervorgehe, daß das Land nicht so vertreten sey, wie es seyn sollte, habe gerade das bisherige System Corruption erzeugen müssen, indem gerade die Beschränkung der Wahlberechtigten das Stimmrecht mit persönlichen und Lokalzwecken in Verbindung habe setzen müssen, so daß die Wähler mehr und mehr von dem herrschenden Ministerium abhängig werden.

Das Ministerium müsse auf solche Wahlkörperschaften unfehlbar seinen Einfluß walten lassen und fast unmöglich sey heute, sich dem zu entziehen. Heute sey freilich die conservative Partei am Ruder, es könne aber bald anders kommen und die Majorität möge selbst ihren Gegnern die Gelegenheit zu Repressalien dadurch nehmen, daß sie durch Reform des Wahlgesetzes den Einfluß des Ministeriums beschränke, und dies sey nur durch Vermehrung der Wählerzahl möglich. Habe auch die Masse nicht alle die Tugenden, welche die Radikalen ihr beimessen, so habe sie aber das von ihnen bezeichnete Verdienst, nicht der Korruption so zugänglich zu seyn, wie eine beschränkte Wählerzahl. Das zu lösende Problem beruhe seiner Ansicht nach darin, die Zahl der Wähler so zu vermehren, daß die Zahl derer nicht überschritten werde, bei denen kein unbefangenes Urtheil vorauszusetzen sey. Würde man alle Wahlbezirke eines Departements zu einem Wahlkollegium bilden, so würden 18 Wahlcollegien mit weniger als 300 Wählern und 35 Collegien mit 3—400 Wählern schwinden, wobei aber noch 118 Wahlcollegien von 150—400 Wählern übrig blieben. Die Schöpfer des Wahlgesetzes von 1831 hätten die irrige Meinung gehabt, daß Wahlcollegien von 150 Wählern fremdartigen Einflüssen Widerstand leisten könnten, wobei sie sich aber so getäuscht, daß es eine Menge solcher Collegien gebe, die in den Händen einflußreicher Beamten oder Kapitalisten wahre „faule Flecken" geworden. Der Vorschlag, die Zahl eines solchen Collegiums mindestens auf 400 Wähler festzustellen, wäre sicher ein mäßiger Vorschlag. Allein auch halte er es für Pflicht, daß man den größern Wahlbezirken mit einer Masse von Wahlberechtigten eine größere Wahlberechtigung einräume, wozu er die Vermehrung der Kammer um 79 neue Deputirte vorschlage.

Sein Vorschlag gehe mithin dahin, alle heute getrennt stimmenden Wähler, die zu einem Bezirk gehören, in ein Kollegium zu vereinigen, das Minimum der Wähler auf 400 festzusetzen und den großen Centren der Bevölkerung ein größeres Wahlrecht durch Vermehrung der Deputirtenzahl einzuräumen. Was nun die Wahlkapazität anlange, so berufe er sich selbst auf die Ansicht, die Hr. Guizot 1826 selbst publizirt, daß „der gelehrte Stand, daß Aerzte, Advokaten, Notäre u. s. w. eben so viel politische Befähigung haben sollten, als jene, die 300 Fr. Steuern zahlten."

Durch Hinzuziehung dieser Kapazitäten zum Wahlrecht erfülle man nur eine Pflicht, wozu man noch einige andere Kategorien, wie die Mitglieder der Handelskammer, der Fabrikräthe u. s. w., ferner die Mitglieder der Munizipalräthe von Städten von mindestens 3000 Seelen rechnen möge; dadurch würde etwa die Zahl der Wähler um 50—60,000 vermehrt werden und gerade jetzt sey ein sehr günstiger Zeitpunkt, um eine solche Reform zu bewerkstelligen. Er hoffe, daß die Kammer sich für die Inbetrachtnahme erkläre, denn thue sie dies, so hieße dies nur, daß sie das Wahlgesetz nicht für vortrefflich, nicht für unveränderlich halte und daß sie die Zeit für gekommen halte, wo man es bessern müsse; weigere man sich aber dessen, so hieße dies so viel, als daß man blind für das Uebel sey und ihm nicht abhelfen wolle. Wohl möge man bedenken, daß, wolle man Radikalreformen vermeiden, so müsse man gemäßigt zu rechter Zeit reformiren; denn er halte sich überzeugt, daß ohne eine Wahlreform selbst das Repräsentativsystem gefährdet sey.

— Die Wechselagenten haben die 45,000 Fr. Mäkergebühren für die vom Kaiser von Rußland gekauften Renten der Bank den Armen überwiesen.

— Der National bringt ein Schreiben Lamennais, worin sich derselbe entschieden gegen die kommunistischen Ideen ausspricht. Er sagt: Es ist für mich gewiß, daß die Verwirklichung eines solchen Systems der Willkür zu einer Knechtschaft führen wird, wie die Welt nie gesehen, daß es den Menschen in eine bloße Maschine verwandeln wird und ihn unter den Neger, faktisch unter das Thier herabwürdigen wird. Ich glaube nicht, daß je unheilbringend falschere, seltsamere und entwürdigendere Ideen im menschlichen Geiste entstanden und selbst verdienten sie nicht diese Beziehung, die in meinen Augen eine gerechte ist, so könnte nichts im Grunde unausführbarer seyn. Der Fourrierismus und einige in der St. Simonistischen Schule entsprungene Sekten sind meines Dafürhaltens in ihren politischen Prinzipien nicht weniger abgeschmackt und charakterisiren sich außerdem durch eine mehr oder minder absolute Negation aller Moralität.

Paris, vom 25. März. Der große Agitator O'Connell ist gestern in Begleitung seines Sohnes in Paris angekommen, um sich nach Italien zu begeben, wo er seine Gesundheit herzustellen gedenkt.

— Königin Christine will für acht Millionen Renten kaufen.

— Die Getreidepreise sind seit gestern bedeutend in Paris gefallen.

— Im Centrum Frankreichs steigt die Gährung wegen der Lebensmitteltheuerung täglich höher. Zwischen Jay und Vitry (bei der Guer-Giraulf-Schleuse) hatten sich die Bauern zusammengerottet, um den Kanal zu entwässern und die Spedition des angekommenen Getreides zu hemmen. Ein Bataillon aus Pont-aux-Moines wurde in der höchsten Eile dahin abgeschickt, um das Vorhaben der Rebellen zu vereiteln.

— In unserer Theaterwelt herrscht Jammer und Bestürzung. Seit längerer Zeit schon mit dem Tode ringend, ist die bisherige Direktion unserer großen Oper vorgestern plötzlich eines unnatürlichen Todes verblichen. Herr van C...., der Hauptdirektor und Kassen-Rendant, ist nämlich am besagten Tage mit den letzten Baarbeständen plötzlich verschwunden. Dem Staatsprokurator denunzirt, haben die Verwandten des Verschwundenen gestern erklärt, die Schulden zu bezahlen, und so wird der Direktor wohl bald wieder lebendig ans Tageslicht treten. Der alte Hanssens, den wohl auch Deutschland kennt, führt seit drei Tagen allein die „königl." Bühne fort. Bouffe, der pariser Schalk, wollte ihm mit hunderttausend Franken beispringen, läßt aber verteufelt lange auf sich warten. Melpomene liegt in den letzten Zügen. Wie soll ihr erst der heiße Sommer bekommen?

— Die Deputirtenkammer setzte heute die Diskussion des Duvergier'schen Wahlreform-Planes fort. Cremieux, durch seine letzten parlamentarischen Erfolge in der Adreßdiskussion ermuntert, unterstützte die Reform in weitläufigem Vortrage. Pultiant-Villeneuve sprach ziemlich langweilig dagegen; aber gegen 4 Uhr bestieg Odilon Barrot die Tribüne, um der Debatte neues Leben zu geben.

Gestern hatte Herr G. de Beaumont das Wort und sprach für die in Betrachtziehung des Duvergier'schen Vorschlages. Der Hauptentwurf, den man gegen die Wahlreform mache, sey, daß die öffentliche Meinung sich mit solchen Dingen gar nicht befasse; man denke an ganz andere und wichtigere Gegenstände, an die **intérêts materiels**, das sey die eigentliche Tendenz unserer Epoche, der Zeitgeist, dem man huldige. Diesen Einwurf bekämpft Herr Beaumont. Jede Epoche, meint er, habe ihre eigene Tendenz; die erste Revolution habe zu ihrer Haupttendenz die Ideen im Allgemeinen gehabt, später trat die Liebe zum Vaterlande zum Vorschein; unter der Restauration war es die Liebe zur Freiheit. Wir müssen offen gestehen, daß ungeachtet aller Lobreden, die die Oppositionsblätter dem Redner zollen, wir diese Eintheilung nicht recht verstehen. Die heutigen ministeriellen Blätter geben auch keinen Aufschluß darüber. Dagegen klarer wurde Beaumont, als er zur jetzigen Epoche schritt, und darstellte, daß die vorherrschende Idee unserer Zeit **l'amour du bien-être** sey, mit anderen Worten, die Lebenslust, das physische Wohlseyn, das Behagliche und Behäbige.

Alle diese verschiedenen Tendenzen lassen sich dann in 3 Kategorien zurückführen: **passions, principes, intérêts.** Als wenn das nicht Alles Eins wäre! Als wenn die Leidenschaften nicht auch Interessen und zwar die größten Interessen wären? Wie gesagt: Alles dieses ist nur leerer Wortschwall. Nun aber warf der Redner Rückblicke auf England, auf die Wahlreform von 1832. Und Alles dieses, um Duvergiers Antrag zu unterstützen. Wenn er uns noch gesagt hätte, was England heute thut: am Tage, zur Stunde wo er sprach! das wäre interessanter gewesen. Im Augenblicke, wo Duvergier von den **intérêts materiels**, und von dem behaglichen Leben spricht, fastet England einen ganzen Tag für die armen Irländer, die 365 Tage im Jahre fasten. De Beaumont ist ein edler Mann; er gehört der Opposition an, und will, was man so nennt, das Wohl seines Landes. Seine Reden mögen recht schillerisch, recht göthisch sogar seyn; aber damit lockt man keinen Hund mehr vom Ofen weg.

Aber Billaut, das ist der Mann; der weiß die Hunde vom Ofen wegzulocken. Wenn er spricht, dann könnt ih sehen, daß die Minister an die Tribüne heran zu springen, zur kriechen oder zu wedeln kommen, je nach dem Individuellen des Einzelnen, d. h. nachdem es ein Bulldogg, wie Guizot, ein Schoßhündchen, wie Salvandy, oder ein wohlgenährter Pudel, wie Duchatel, ist. Diesmal hat Duchatel erwiedert, aber ohne Grimm, ohne bissig zu seyn, auf die bissigen und grimmigen Angriffe des Herrn Billaut. Unter andern Einwürfen, die man gegen Duvergier's Anschlag machte, hob Herr Billaut namentlich den hervor, daß durch dieses System eine neue Klasse von Wählern geschaffen werde, nämlich aus Advokaten ohne Prozesse und Aerzten ohne Kranke. „Nun wohl, ruft er aus, und kommen, dem jetzigen Gesetze nach, nicht Deputirte ohne Eigenthum in die Kammer?" Und doch sey das Eigenthum das Ideal des jetzt obwaltenden Systems, das Symbol der Ordnung und der Sagesse, d. h. ungefähr der guten Aufführung, des soliden Ehemannes.

In einer andern Stelle wies Billaut nach, daß bei den heutigen Verhältnissen die Deputirten weiter nichts seyen als die Commis-Voyageurs des Wahlkörpers, d. h. die Geschäftsreisenden des großen Wahlhandlungshauses. Wenn Guizot selbst die Nothwendigkeit einer solchen Wahlreform anerkennt, so halte er (Billaut) nicht viel auf solche Aeußerungen und Citate. Dies sey blos ein **Entrainement oratoire**, d. h. das geschähe dem Minister nur im Flusse der Rede.

Dann wirft Billaut dem jetzigen Ministerium vor, daß es alle Reformen, wie wünschenswerth sie ihm auch erscheinen, unter dem alleinigen Vorwande entferne, daß sie nicht zeitgemäß, nicht gelegentlich, nicht reif seyen. Zum Beispiel der Finanzminister (den wir bereits seiner Verwaltung wegen als den in den Adelstand erhobenen Herzog von Deficit bezeichnet haben) dieser Finanz-Minister, sagt er, billige eine Menge vorgeschlagener, als nützlich anerkannter Finanz-Reformen. Käme es aber auf die Ausführung, auf die in Werksetzung an, so widersetze er sich und stecke sie in sein Portefeuille ein, wo sie neben seinen andern **valeurs**, als **croyances**, Glaubensmeinungen aufbewahrt bleiben. Wir haben uns diese freie Uebersetzung für die Worte: „**et tout en gardant ses croyances, il les met en porte feuille**" bedienen müssen.

Die beste Stelle in Billauts Rede ist offenbar die, wo er die beiden Wahrheiten unterscheidet, die die Grundlagen aller Handlungen der jetzigen Regierungen bilden. Das Ministerium, sagt er, hat zwei Gewissen, zwei Wahrheiten: **la vérité vraie et la vérité officielle.**

Der Minister des Ackerbaues hat erklärt, daß kein Getreide-Mangel, keine Noth vorhanden sey. Das war eine **vérité officielle** eine Wahrheit von Amtswegen, und, setzen wir hinzu, eine Lüge von Rechtswegen. Die wahre Wahrheit, die ächte Wahrheit aber ist, daß wir jetzt eine wahre Hungersnoth, im chronischen Zustande, haben. Mit der Presse, der bezahlten Presse, habe es ein gleiches Bewandtniß.

Duchatel antwortete auf Billaut's Rede, wie ein wahrer **bourgeois** ein wohlgenährter **Conservateur-borne.** Alle seine Argumente beruhen auf leeren, hohlen Phrasen, abgedroschenen Redensarten, die damit endigten, aus dem Duvergier'schen Antrage eine ministerielle Frage, eine Kabinetsfrage zu machen. Das „**caveant consules**" ist ausgesprochen. **Conservateurs-progressistes, Impartiaux** und alle ihr andere dissentirende Conservateurs, (gab der Minister zu verstehen) seyd auf Eurer Hut! Mit uns lebt ihr, und mituns müßt ihr fallen!

Großbrittanien.

London, vom 19. März. Die Nachricht von dem Anerbieten Rußlands, der Bank von Frankreich eine Anleihe von 2 Millionen Pfd. zu machen, hat hier ziemliche Sensation erregt. Es scheint aus der ganzen Haltung der französischen Regierung seit ihrem Bruch mit England hervorzugehen, daß sie zur Anknüpfung engerer Bande mit den absolutistischen Staaten hinneigt, indem sie die Sache der liberalen Partei in der Schweiz und Italien aufgibt und die Wirksamkeit der polnischen Emigration in Paris lähmt. Unter diesen Bedingungen mag leicht eine Aussöhnung zwischen den Tuilerien und St. Petersburg stattfinden können, besonders da die gegenwärtige Stellung Frankreichs gegen die Türkei keineswegs den Absichten zuwider ist, welche der Kaiser von Rußland bei Gelegenheit seines Besuches in England äußerte, die aber hier wenig Anklang gefunden zu haben scheinen. Uebrigens deutet gerade der politische Eklat, welcher dieser Transaction in Paris gegeben wird, an, daß die französische Regierung dieser Angelegenheit, welche in anderen Fällen ein rein kommerzielles Geschäft wäre, ein gewisses politisches Gewicht beilegen möchte. Sie wird deshalb nicht für eine bloße Anleihe oder eine Geddienstleistung gehalten, sondern für eine Kundgebung der Ansichten, welche der russischen Regierung schon über mehrere der Hauptfragen unserer Zeit zugeschrieben worden sind.

Was auch immer die Combinationen und Absichten anderer Mächte seyn mögen, die Politik Englands steht fest und consequent da. Sie begleitet mit Theilnahme den stufenweisen Fortschritt der constitutionellen Prinzipien, welche sie als das große Sicherungsmittel der Civilisation und der nationalen Rechte erkennt, während sie mit Eifer allen Versuchen sich entgegenstellen würde, die territorialen Anordnungen zu stören, von welchen das Gleichgewicht der Mächte abhängt. Es gibt Viele, welche selbst hier im Lande behaupten, daß England nicht zum Kriege gerüstet und auch zu sehr abgeneigt sey, sich in Feindseligkeiten zu verwickeln. Gewiß, England dringt nicht gern den allgemeinen Frieden werthlosen Sachen zum Opfer, aber wenn der Fall eintreten sollte, so würden — das ist meine feste Ueberzeugung — die Energie und die Fähigkeit dieses Landes mit eben so großem Kraftaufwand und mit weit größeren Hülfsmitteln, als jemals vorher in der Welt aufgeboten worden sind, entwickelt werden. (A. Pr. Z.)

London, vom 24. März. Ueber den amerikanisch-hannoverschen Vertrag und seinen muthmaßlichen Einfluß auf den Zollverein macht ein Correspondent der „Times" aus Hannover, welcher sich „Ein Angelsachse" unterzeichnet, folgende, wie es scheint, ganz richtige Bemerkungen: „Der weitere Zweck, den der amerikanische Bevollmächtigte (bei Abschluß dieses Vertrages) offenbar im Auge hatte, zeigt eine meisterhafte Kenntniß des Gegenstandes und unter den bestehenden Verhältnissen kann die gänzliche Abschaffung der Schiffahrts- und Durchfuhrzölle auf der Weser nicht mehr ausbleiben. Preußen hat mit den Vereinigten Staaten einen Handels- und Schiffahrtsvertrag; es bedarf aber nur einer zwölfmonatlichen Kündigung, um ihm ein Ende zu machen. Die Vereinigten Staaten können nun zu Preußen sagen: „„Schaffe Deine Transit- und Deine Weserzölle ab und reduzire Deine Einfuhrzölle auf Tabak von jetzigen 5½ Thlr. per Centner auf den hannoverschen Satz, oder wir heben unsern Vertrag mit Dir auf und schließen Deine Schiffe von der indirekten Schiffahrt aus."" Kann Preußen dem widerstehen? Sicherlich nicht, denn eine Politik der Art würde ein Todesstreich für seine Schiffahrt seyn, die es so sehr liebt. Amerika vermehrt also nicht blos den Verbrauch seiner hauptsächlichsten Ausfuhrartikel, sondern es beseitigt auch die verschiedenen Hindernisse auf den Chausseen und erhält eine freie Durchfuhr für seine Artikel nach den Gränzen Oestreichs, Frankreichs (?) und der Schweiz."

— Begehung des Buß- und Festtages. Um 10 Uhr versammeln sich eine Anzahl Pairs; der Bischof von St. Asaph verlas das Gebet und gegen 10 Uhr zogen sie in die Westmünster-Abtei, wo **Dr.** Wordsworth officiirte und der Bischof von St. Asaph über Jeremie X. 24. predigte. Einige 60 Mitglieder des Unterhauses versammelten sich ebenfalls um 11 Uhr und zogen in die St. Margarethen-Kirche, wo **Dr.** Buckland den Gottesdienst hielt und **Dr.** Dealtry über Psalm 88 V. 17 und 18 predigte.

— Des allgemeinen Fast- und Bußtages halber war heute die Börse geschlossen und auch alle andere geschäftliche Thätigkeit war unterbrochen.

— Auch Kornmarkt war heute des Fasttages halber nicht. Aus Schottland erfährt man, daß von Leith aus bedeutende Verschiffungen sowohl einheimischen, als auch aus der Fremde ankommenden Weizens nach dem Kontinent, besonders nach Belgien geschehen, wo die Preise noch höher stehen, als in Leith.

— Ein Frankfurter Blatt vom 20. d. M. veröffentlicht einen Brief aus Berlin, worin es heißt, daß Lord Palmerston abermals bei den Kabinetten von Wien und Petersburg eine förmliche Erklärung bezüglich der Montpensier-Heirath nachgesucht hat und daß man Seitens dieser Höfe die Zustimmung zu den von der preußischen Regierung über diesen Punkt ausgesprochenen Ansichten erwartet. Wir haben Grund zu glauben, daß unser Frankfurter College im Irrthum ist, insofern er von einem neuerlichen Schritt bei der östreichischen und russischen Regierung spricht. Aber in diesem Augenblick, wo man in Frankreich zu dem Glauben zu verleiten versucht, daß der Kaiser von Rußland den König der Franzosen für sich zu gewinnen strebt, dürfte es wichtig seyn, den wahren Stand der Montpensierschen Heiraths-Frage, soweit sie die Nordmächte betrifft, mitzutheilen. Wir können behaupten, daß alle Mittheilungen, die über diesen Gegenstand zwischen dem brittischen Kabinet und den drei großen nordischen Höfen stattgefunden, durchaus zu dem Schluß berechtigen, daß keine Meinungs-Verschiedenheit darüber herrscht, daß die Heirath dem Geiste des Utrechter Vertrags und dem Gleichgewicht der Mächte in Europa entschieden zuwider ist. Wenn Oestreich, Preußen und Rußland nicht ein förmliches Dokument aufgesetzt und unterzeichnet haben, worin sie ihre Ansicht über die Angelegenheit aussprechen, so geschieht es nicht, weil diese Mächte anderer Meinung sind, als Lord Palmerston, oder weil sie abgeneigt sind, etwas der französischen Regierung Mißliebiges zu thun; sondern nur deshalb, weil sich einer solchen Erklärung die praktische Schwierigkeit entgegenstellt, daß die drei nordischen Höfe die Königin von Spanien nie anerkannt. Diese Schwierigkeit wird jedoch nicht verhindern, daß der französischen Regierung Andeutungen der Natur gemacht werden, daß sie durchaus alle Hoffnung darauf muß fahren lassen, als könnte es ihr gelingen, die Wirkung des von der englischen Regierung gegen diese Heirath erhobenen Protestes zu schwächen. (Globe.)

— Parlaments-Verhandlungen, vom 23. März. (Schluß.) Zur gestrigen Oberhaus-Sitzung ist noch nachzutragen, daß Graf Grey im Namen des Marquis Lansdowne anzeigte, letzterer werde nächsten Dienstag (30.) die Vertagung des Hauses bis zum 12. April beantragen.

Unterhaus. (Schluß.) Vor Beginn der ferneren Comiteberathung über die irische Armen-Unterstützungsbill suchte Herr Labouchere um Erlaubniß zu Einbringung einer Bill nach, die bis zum 1. Sept. in Kraft bleiben soll und zum Zweck hat, den armen Fieberkranken in Irland raschere Hülfe zu gewähren. Zu diesem Zwecke soll die Hülfe nicht von den Armenhaus-Wärtern abhängig seyn und aus den Armensteuern bestritten werden, sondern die Hülfscomite's und die Hülfsfonds sollen in Anspruch genommen seyn. Da zu letzteren der Staat die Hälfte beisteuert, so fand die Bill einen kleinen Widerstand von Sir J. Graham und Herrn Hume, welche diese neue Last vom Staatsschatz, resp. den englischen Steuerpflichtigen abwenden wollten. Die nachgesuchte Erlaubniß ward jedoch ertheilt.

Lord J. Russell beantragte hierauf, daß das Haus wegen des Fasttages nicht sitzen solle und zeigte an, daß um 11 Uhr für dasselbe ein feierlicher Gottesdienst stattfinden werde. Diese Anzeige veranlaßte Herrn Philipps zu zwei Fragen: einmal, ob die irischen Armen am Fasttage Beschäftigung erhalten würden und sodann betreffs des in der königlichen Proklamation enthaltenen Arbeits-Verbotes; letzteres beabsichtige offenbar, alle Fasten verächtlich zu machen. Noch entschiedener sprach sich Herr Bright (Quaker) aus. Er protestirte gegen diesen Fasttag, der nur Aberglauben erzeuge, der Intelligenz des Zeitalters nicht entspreche und der Regierung nur den guten Willen des Volkes entfremde. (Daß Herr Bright hierin thatsächlich Recht hat, zeigt die letzte Nummer des beliebtesten und verbreitetsten englischen Volksblattes, „Northern Star", worin des Fasttages nur mit der Bezeichnung „the solemn farce" Erwähnung geschieht und worin angezeigt wird, daß heute (24.) in London eine große volksthümliche Theegesellschaft unter dem Vorsitze des Parlaments-Mitgliedes Duncombe Statt haben wird.)

Sir G. Grey wollte auf den theologischen und philosophischen Theil der Frage nicht eingehen, behauptete aber, nach seiner Ansicht seyen die Gefühle des englischen Volkes dem Fasttage nicht abgeneigt. Derselben Ansicht war auch Herr Howard, der als Beweis hiefür erwähnte, daß auch die katholischen Bischöfe, obgleich sie die Suprematie der Königin nicht anerkannten, doch ihre Beichtkinder für morgen zum Fasten aufgefordert. (Auch die Rabbinen haben für die Juden ein Gleiches gethan und der hiesige Rabbi, **Dr. Adler**, hat sogar eine besondere Gebetsformel für diesen Zweck ausgearbeitet.) Der Antrag des Premier-Ministers ward hierauf bewilligt.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, vom 16. März. Es ist die Noth in Polen ebenso groß und noch größer, als anderer Orten, denn wenn es auch nicht an Getreide fehlt, so besitzt der Proletarier dafür gar kein baares Geld, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Fast alle Gelegenheit zum Erwerb ist ihm abgeschnitten, und darum wird die dermalige Recrutenaushebung auch nicht als ein so großes Unglück angesehen wie sonst. Ueber die politische Stimmung im Lande erfährt der Reisende wenig, denn alles ist schweigsam, und er darf es auch nicht wagen, Erkundigungen einzuziehen, wenn er nicht Gefahr laufen will, als Emissär der Propaganda denuncirt zu werden. Daß der Adel, mit Ausnahme einer Anzahl der höchsten, dem Hofe anhängender Familien, nicht russisch gesinnt sey, ist klar; aber auch eben so evident, daß der Edelmann nicht mehr auf den Bauer rechnen dürfte, der in jenem seinen Gegner erblickt, welcher ihn nicht zum Genuß der materiellen Wohlthaten, die der Kaiser ihm zugewandt, gelangen lasse. Somit dürfte eine künftig versuchte Schilderhebung sich schwerlich irgend eines bedeutenden Erfolges zu erfreuen haben, vielmehr mit dem Untergang einiger hundert Edelleute endigen. (A. Z.)

Belgien.

Brüssel, vom 26. März. Die Repräsentantenkammer setzte gestern die Berathungen über das sogenannte „Liebesgesetz", die Beleidigungen gegen den König und die Mitglieder der königl. Familie betreffend, fort. Art. 1 und 2 erlangten eine überwiegende Majorität. Doch der Art. 3 war selbst der Majorität und den Herren Doktrinärs zu stark; er bestimmte nämlich, daß der wegen eines Preßvergehens der bezeichneten Art Verurtheilte nach Abbüßung seiner Gefängnißstrafe noch auf 2—5 Jahre unter Polizeiaufsicht gestellt werden sollte. Er wurde mit 46 gegen 29 Stimmen verworfen. Die Kammer schritt hierauf zu Art. 4, zu welchem Hr. Van den Eynde ein Amendement vorschlug, dem der Hr. Justizminister beitrat, wornach der Angeklagte vor eine andere Jury gestellt werden soll, als die, welche bei Erlassung des Anklagebeschlusses in Thätigkeit ist. Die Kammer verschob hierauf die weitere Diskussion bis auf heute.

— Der Justizminister hat am 24. März an die Gouverneure sämmtlicher Provinzen ein Circular erlassen, worin er sie auffordert, die verschiedenen Communen zu veranlassen, daß sie öffentliche Arbeiten auf Communalkosten in so großem Umfange, als nur immer möglich, unternehmen lassen. Denn die Noth unterm den niedern Klassen, wenn auch durch die bessere Jahreszeit etwas gemildert, sey noch immer so groß, daß die Communen gemeinschaftlich mit der Regierung, die bereits außergewöhnliche Summen bei der Legislatur beantragt und votirt erhalten habe, dahin wirken müßten, daß die Menge der Nothleidenden Beschäftigung finde. — Seit Montag sind hier in Brüssel abermals an allen Thoren der Stadt Gendarmerie und Polizei postirt, die den Auftrag haben, jeden Bettler zurück- und seines Weges zu weisen. Trotz aller dieser Maßregeln füllen sich unsere Straßen schon wieder mit einer solchen Masse von Bettlern, daß gestern der gefeierte Violinist Vieurtemps ein großes Concert gab, dessen Ertrag zum Rücktransport jener Bettler bestimmt ist.

Italien.

Aus Toscana, vom 15. März. Die ultraliberale Partei, welche, wie alle extremen Parteien, durch keine Erfahrung klug wird, sucht in Toscana, wie im Kirchenstaate alles zu thun, um eine bessere Zukunft für Italien zu vereiteln. Man hat Ihnen bereits berichtet, daß in Florenz im Theater aus einer Loge aufwiegelnde Pamphlets auf das Parterre herab geschleudert wurden. In Pisa benützt die aufgeregte Jugend mit einigen unbesonnenen Einwohnern jede Gelegenheit, um sich gegen eine deutsche Großmacht, welcher im größten Theile von Italien mit so viel Unverstand alles Schlimme zugeschrieben wird, zu äußern. So wurde dem Erzherzog Ferdinand von Este, der bei seiner Durchreise im Pallast des Herzogs v. Modena am Kai des Arno übernachtete, vor einigen Tagen von einem kleinen Haufen Ruhestörer ein Pereat gebracht, worauf der Haufe, nachdem er einige Scheiben zertrümmert und ein paar Petarden geworfen hatte, lärmend weiterzog.

Es sollte dieß diesem Fürsten zum Theil als Commandirenden in Galizien gelten; denn jene Partei sieht die jüngste Revolution in Polen nur im Sinne des National an. Dabei wurden aber noch weitere Verwünschungen vernommen. Einige Tage vorher hatte man gedruckte aufrührerische Placate an verschiedenen Punkten der Stadt, unter anderm selbst auf dem Domplatze, am hellen Tage, während die Menge in die Fastenpredigt strömte, angeheftet. Einige Verhaftungen wurden zwar vorgenommen, indeß wünschen die bessern Bürger Pisa's, und dieß ist bei weitem die Mehrzahl, eine strengere Polizei, welche in der That in Toscana gegen die untere Volksklasse und deren Cynismus überaus lax ist. Auch bereitet man, dem Vernehmen nach, eine Adresse an den Großherzog vor, um jene Excesse exaltirter junger Leute zu desavouiren. (A. Z.)

Erwiederung.

In Nr. 69 dieses Blattes hält ein Beerdter in der Friemersheimer Deichschau eine Anrede an 94 Deichschau-Steuer-Unterworfene von Repelen, Rheinkamp ꝛc. ꝛc. und eröffnet dieselbe mit der Bitte: „Laßt uns ehrlich seyn und nichts behaupten, was wir nicht beweisen können." Es ist dem mit dem Kanzelstyle so vertraut scheinenden Redner von ganzem Herzen Glück zu wünschen zu diesem schönen Grundsatze und nur recht sehr zu bedauern, daß er so schnell vergißt, ihn auf sich selbst anzuwenden. Die Ursache dieser Vergeßlichkeit einem Gedächtnißmangel zuschreiben zu dürfen, ist offenbar unmöglich, vielmehr scheint derselbe — recht gut sich bewußt zu seyn, was er schreibt und treibt, aber mit gemüthlicher Indrünstigkeit die Ueberzeugung in sich zu tragen, daß es im Leben nichts Süßeres gibt, als Jemanden etwas weiß zu machen, was man selbst nicht glaubt, denn von Ehrlichkeit ist doch, bei Gott, in der ganzen Rede auch nicht eine Spur zu finden, wohl aber viel von dem, was man mit dem Worte perfide bezeichnet.

Man betrachte zuerst, wie der Redner eine Reihe von Fragen aufstellt und zugleich dabei bedauernd erwähnt, daß die Beantwortung derselben uns Allen große Verlegenheiten bereite. . . . Aber warum sie denn aufstellen? . . . Er, der Redner, der Einer der Unsrigen ist, der es so wohl, so väterlich, so ehrlich mit uns meint, hat nichts eiligeres zu thun, — wie wohlwollend all dasjenige, was gerade nach seiner Meinung die größten Verlegenheiten bereitet, oder mit andern Worten, was für uns arme Deichsteuer-Unterworfene am nachtheiligsten ist, recht breit vorzutragen. O großmüthige Ehrlichkeit!

Nun sieht es aber mit dem Inhalt dieser Fragen noch wunderlicher aus.

Der Redner weiß nämlich bei der ersten sehr gut, daß wir die Entfernung der Friemersheimer Dämme deshalb speziell angegeben haben, um darzuthun, wie wir von den Punkten des Rheins, von wo man uns schützen will, um die Hälfte weiter entfernt sind, als von den Punkten, von wo das Wasser ungehindert uns ersäuft. Sind wir zugleich auch noch von einem entfernteren Punkte bedroht, wie der Redner sagt, so ist dies um so trauriger, da die erste Gefahr dadurch leider nicht vermindert wird.

Wenn der Redner ein Beerdter der Friemersheimer Deichschau ist, mit dieser unglücklichen Angelegenheit zu thun hat, so muß er es genau wissen, denn es ist oft genug im Laufe der Verhandlungen darüber gesprochen worden. Heute aber hat derselbe aus purer Ehrlichkeit nur die entferntere Gefahr behalten und die nähere vergessen.

Bei der zweiten Frage kommt außer der Ehrlichkeit auch noch eine andere Tugend, nämlich die Wahrhaftigkeit, sehr ins Gedränge. Wenn wir sagen ins Gedränge, so ist dies allerdings nach unsern Begriffen. Bei dem Redner haben diese beiden Eigenschaften eine solche exceptionelle Bedeutung, daß sie grade das Gegentheil von dem gelten, was andere Leute davon halten. Von unserm Standpunkt aus also fragen wir denselben: Wer hat jemals gesagt, daß von den Friemersheimer Dämmen kein Schutz käme? — Daß wir durch die Friemersheimer Dämme und obgleich dieselben liegen, nicht vor Ueberschwemmungen geschützt, oder mit andern Worten, daß wir durch die Dämme an einer Seite nicht geschützt sind, wenn man oben und unten große Lücken läßt, wodurch bei jeder größern Ueberschwemmung das Rheinwasser uns inundirt, das haben wir den Behörden hundertmal geklagt und der Redner muß es wissen, wenn er Betheiligter ist, oder glaubt derselbe, daß man in dem Wasser, was von oben und unten kommt, nicht eben so gut ersäuft, als was von der Friemersheimer Seite herkommen kann? Aber nein, es scheint vielmehr, daß er auch hier aus purer Ehrlichkeit alles wieder vergessen hat. Derselbe aber begnügt sich nicht allein diese Sinnentstellung vorzutragen, sondern er gefällt sich dermaßen darin, daß er sie noch in drei folgenden Fragen fortwickelt und uns beweist, wir wären im Jahre 1845 von Friemersheim her überschwemmt worden, was sicher Niemanden einfallen wird, ihm zu bestreiten. Nur eine Kleinigkeit hat derselbe wieder hierbei aus Ehrlichkeit vergessen, nämlich die Kleinigkeit, daß die Meisten von uns im Jahre 1845 bereits nicht nur mit Aeckern und Wiesen, sondern mit Haus und Hof überschwemmt waren, als die Friemersheimer Dämme wichen und das Wasser zum Ueberfluß auch noch von dorther kam. Aber woher war denn das unsinnige Wasser gekommen, wird der ehrliche Mann fragen? Das Wasser, müssen wir demselben abermals antworten, kam von dort herein, wo keine Dämme uns schützen, denn es hat nun einmal die Eigenschaft, daß es überall hindringt, wo es nicht aufgehalten wird. Es kam durch jene Lücken, die man, wie zum Spaß, offen läßt, um uns immerfort sagen lassen zu können: „wir arme Deichsteuer-Unterworfene liegen dem offenen Rheinstrome gegenüber," und die der ehrliche Mann ebenfalls nur vorübergehend brachter, in dem er uns belehrt, wie eine Regierungs-Verfügung anordnet, daß im Fall der Noth die Staatsstraße oberhalb Rheinberg vertheidigt werden soll. Mit der Vertheidigung dieser Staatsstraße hat es eine eigenthümliche Bewandniß. Zuerst war darauf ein Ueberlauf angebracht, dann wurde angeordnet, bei Ueberschwemmungen Nothdämme zum Zurückhalten des Wassers darauf zu errichten; dieses aber nicht zum Schutz der Friemersheimer Deichschau-Beerdten, sondern lediglich zur Erhaltung der Straße selbst. Später wurde wieder befohlen, das Wasser darüber laufen zu lassen; noch später überließ man es dem Gutdünken der Ortsbehörden; endlich wurde wieder verfügt, im Fall der Noth zu dämmen, und dies ist dann nun wohl die Verfügung, die uns der ehrliche Mann entgegen hält. Gelänge es ihm, das Wasser eben so gut entgegen halten zu können, so hätte derselbe allerdings einiges Recht. Im Jahre 1845 stand indessen die Staatsstraße oberhalb Rheinberg mehrere Fuß unter Wasser, von dem Minutensteine 10, 27 bis zu dem Minutensteine 10, 38, also auf einer Strecke von 200 Ruthen und darüber. Bekanntlich stand aber im Jahre 1850 das Wasser in dortiger Gegend noch um 2 Fuß höher. Und nun fragen wir den ehrlichen Mann, ob er sich getraue, auf einer solchen Strecke von 200 Ruthen und länger, Angesichts der wachsenden Gefahr, Angesichts des stündlich steigenden Wassers, bei der alsdann gewöhnlich herrschenden stürmischregnigten Witterung, in wenigen Stunden einen Damm zu bauen, der der Wuth der Wellen Einhalt thue und uns für die Groschen, die man uns abzwingt, Sicherheit und Schutz verleiht? Wir fragen ihn, ob er dies für möglich halte, selbst dann, wenn er in aufopfernder Begeisterung sich mit seiner ganzen ehrlichen Haut zwerchs dagegen legte? glaubt er, daß seine hydraulischen Hülfsmittel hier Stich halten könnten? wohlan! so gehe er hin und thue Wunder, uns aber erlaube derselbe, nicht daran zu glauben, vielmehr durch alle uns zu Gebot stehenden gesetzlichen Mittel uns aus den Klauen eines solchen ungeordneten Deichschauwesens zu befreien und die uns in diesen Nothjahren abgezwungenen Groschen zu den Dämmen, welche uns, wie sie da isolirt stehen, keinen Schutz gegen Ueberschwemmungen gegeben haben, noch geben werden, zu erlangen. Daß das Publikum den Reiz für die Deichschau-Angelegenheit verloren habe, kann möglich sey; auch jedenfalls ist nichts geeigneter, dieses hervorzudringen, als die Artikel eines solchen ehrlichen Mannes; wir aber schreiben nicht für den Reiz des Publikums, sondern für unser Recht und wenden uns nur an die Oeffentlichkeit, wenn wir hier Entstellungen und Verdrehungen unserer guten Sache zu berichtigen sind. Und wer von allen unsern Mitbürgern nimmt nicht den lebhaftesten Antheil an dem harten Schicksal, das uns betrifft? Welche Zeitungs-Redaktion, die für Volkes Wohl thätig seyn will, öffnet nicht bereitwillig die Spalten ihres Blattes diesem Gegenstande? Wir haben nicht nöthig, zu Uebertreibungen, zu herzzerreißenden Schilderungen unsere Zuflucht zu nehmen; unsere unglückliche Lage ist leider herzzerreißend genug; wo aber auf Kosten der Wahrheit irgend ein Interesse, sey es materiell oder noch feilerer Natur, die Feder führt, da wird schwerlich von Ehrlichkeit etwas zu finden seyn, wie viel die Lippen auch davon reden mögen.

Und nun zum Schlusse habe auch ich eine Bitte, nicht an den ehrlichen Mann, sondern an Euch, Deichschau-Steuer-Unterworfene, die Bitte, nicht zu ermüden in der Vertheidigung unseres verletzten Rechtes, sondern fest zu bauen und zu vertrauen auf unsern Allergnädigsten König, dem jetzt aufs Neue unsere Beschwerden vorliegen und der es nicht dulden wird, daß man uns auf solche Weise systematisch zu Bettlern macht. Vor Allem aber uns nicht irre führen zu lassen, von sogenannten ehrlichen Leuten, die wie Wölfe in Schafskleidern uns anschleichen und mit verstellter Gutmüthigkeit uns in den Schlaf lullen wollen.

Einer der 94 Deichschau-Steuer-Unterworfenen
von Repelen ꝛc. ꝛc.

Fruchtpreise auf dem Markte zu Düsseldorf

am 26. März 1847.

per Berliner Scheffel	sf	Sgr	₰	per Berliner Scheffel	sf	Sgr	₰
Weizen	—	—	—	Buchweizen	—	—	—
Roggen (oberl.	4	—	—	Hafer	—	—	—
Roggen (hies.)	—	—	—	Erbsen	—	—	—
Wintergerste	—	—	—	Rübsamen	—	—	—
Sommergerste	—	—	—				

Brodtaxe.

Ein Schwarzbrod, 7 Pfund schwer	—	9	6
„ Brodchen	—	—	4
„ Weck	—	—	4
„ Rogzelchen	—	—	4

Düsseldorf, den 27. März 1847.

Der Oberbürgermeister v. Fuchsius.

(Hiebei eine Beilage.)